

Abendroth/Kühnl/Rossaint u.a.

Faschismus und Militarismus

Analysen und Thesen
für die antifaschistische Praxis



8/9

**R
V**

Texte zur Demokratisierung
Antifaschistische Arbeitshefte des Röderberg-Verlags

Inhalt:

Die Hanauer Konferenz gegen Faschismus und Militarismus	Seite 3
Prof. Dr. Wolfgang Abendroth : Über die Notwendigkeit der Verbindung von antifaschistischer Theorie und Praxis	Seite 9
Prof. Dr. Reinhard Kühnl : Faschismus-Ursachen, gesellschaftliche Funktion und Bedeutung in der Bundesrepublik	Seite 19
Hartmut Sychla: Der Militär-Industrie-Komplex in der BRD	Seite 37
Gunnar Matthiessen : Die Totalitarismustheorie - eine profaschistische Doktrin	Seite 49
Dr. J. C. Rossaint : Widerstand gegen das Naziregime - Lehren für die Gegenwart	Seite 67
Horst Stuckmann : Der nazistische Ungeist in den Schulgeschichtsbüchern	Seite 85
Eckart Spoo : Kapitalkonzentration in der Presse - eine Gefahr für die Demokratie	Seite 97
Aus der Diskussion: Zu Fragen der Herkunft, Rolle und Ideologie faschistischer Bewegung	Seite 109
Antifaschistische Forderungen und Aufgaben	Seite 119
Literaturhinweise	Seite 121

Herausgegeben vom Präsidium der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten – Frankfurt/Main. Heft 8/9 der Texte zur Demokratisierung in der Reihe Antifaschistische Arbeitshefte des Röderberg-Verlages. Frankfurt/Main 1973. Redaktion: Peter C. Walther. Umschlagentwurf: Peter Altmann. Druck: Fuldaer Verlagsanstalt. Alle Rechte beim Röderberg-Verlag GmbH., 6 Frankfurt/Main 1, Schumannstraße 56. ISBN 3 87682 206 8

An Stelle eines Vorwortes

Die Hanauer Konferenz gegen Faschismus und Militarismus

S. 3

Aus Anlaß der 40. Wiederkehr des Tages der Errichtung der faschistischen Diktatur am 30. Januar 1933 fand am 27. und 28. Januar 1973 in Hanau eine Konferenz gegen Faschismus und Militarismus statt. Die Tagung war durch einen Initiativausschuß einberufen worden, dem u. a. die langjährigen Gewerkschaftsführer [Adolf Kummernuss](#) und [Willy Bleicher](#), die Professoren [Wolfgang Abendroth](#), [Heinz J. Heydorn](#), [Reinhard Kühnl](#), [Renate Riemack](#) und [Josef Schleifstein](#), die Präsidiumsmitglieder der VVN/Bund der Antifaschisten, [Dr. J. C. Rossaint](#) und [Max Oppenheimer](#), der Chefredakteur der „Marxistischen Blätter“, Max Schäfer und weitere Persönlichkeiten angehörten.

In dem Aufruf zu dieser Konferenz erklärten die Initiatoren:

„Der 40. Jahrestag des Machtantritts des Faschismus in Deutschland am 30. Januar 1933 ruft allen demokratisch gesinnten Menschen in Erinnerung, daß Faschismus und Krieg nicht über Nacht kommen und daß man beide in ihren Anfängen erkennen und bekämpfen muß. Faschismus und Krieg sind vermeidbar. Voraussetzung für ihre Verhinderung ist, daß alle Demokraten und ihre Organisationen, alle, die dem Humanismus und dem Frieden verpflichtet sind, sich über geeignete Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung und zur Immunisierung der Bevölkerung gegen faschistische Einflüsse einigen und gemeinsame oder parallele Aktivitäten entwickeln.“

Die Hanauer „Konferenz gegen Faschismus und Militarismus“ folgte dem Grundsatz, Theorie für die Praxis nutzbar zu machen. Analysen und Diskussionen über Ursachen, Formen und Funktionen des Faschismus wurden nicht nur als theoretische Aufgabe betrachtet, sondern mit dem Ziel vorgenommen, daraus Schlußfolgerungen für die praktische politische Arbeit zu ziehen.

Dieses Ziel wurde bereits bei der Anlage der Konferenz beachtet: Das Hauptreferat von Prof. Dr. Reinhard Kühnl über Ursachen und Funktion des Faschismus und seine Bedeutung für die Bundesrepublik wurde in drei Arbeitskreisen durch weitere Referate ergänzt und mit Blickrichtung auf die aktuellen politischen Aufgaben diskutiert.

So wurde im Arbeitskreis I das Hauptthema Faschismus mit dem Thema „Militär-industrieller Komplex in der BRD und' seine Tendenz zu autoritären oder faschistischen Herrschaftsformen" verbunden.

Kernpunkt der Analyse war die Feststellung, daß der militär-industrielle Komplex ein wesentliches Hindernis für eine konsequente Entspannungs- und Friedenspolitik nach außen und für grundlegende Reformen und Demokratisierung im Innern ist.

Daraus abgeleitet wurde die Notwendigkeit der verstärkten Fortführung des antimilitaristischen Kampfes gegen Rüstung, Militarisierungstendenzen, Wehrkunde usw. und seine Verbindung mit konkreten Forderungen und Aktionen für friedliche Koexistenz, europäische Sicherheit und Abrüstungsmaßnahmen.

Im Arbeitskreis II wurde das Hauptthema mit Referaten über „Rolle und Bedeutung der Totalitarismuskonzeption" und über die Kapitalkonzentration im Pressewesen ergänzt.

Die Totalitarismuskonzeption mit ihrer demagogischen Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus wurde als Antikommunistentheorie der Nachkriegszeit definiert, die heute in abgewandelten Formen (etwa als Konvergenztheorie, These von den „Supermächten"- oder „Extremismus"-Begriff) fortgeführt wird. Die Totalitarismuskonzeption dient erstens der Verschleierung der tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse und zweitens der Bekämpfung und Unterdrückung progressiver und antifaschistischer Bewegungen und Ziele.

Im Zusammenhang mit der Kapitalkonzentration im Pressewesen wurde insbesondere auf die Rolle des Hugenberg-Pressekonzerns bei der Förderung des Hitlerfaschismus und auf entsprechende Rollen heutiger Pressekonzerne hingewiesen. Daraus abgeleitet wurde die Notwendigkeit demokratischer Kontrolle der Massenmedien und zugleich die Forderung, die antifaschistische und progressive Presse in der Bundesrepublik zu unterstützen und zu stärken.

Der Arbeitskreis III befaßte sich ergänzend zum Hauptthema mit dem Inhalt der Schulgeschichtsbücher und mit den Lehren des antifaschistischen Kampfes gegen das NS-Regime.

Anhand zahlreicher Materialien wurde festgestellt, daß die Schulbücher inzwischen von plumper und offen nazistischer Propaganda zwar weitgehend frei sind, daß aber eine subtile Indoktrination mit antidemokratischen und faschistoiden Verhaltensmustern vorherrscht. Dies kommt vor allem zum Ausdruck in der Anpreisung obrigkeitstaatlicher Werte und Haltungen, in der Unterschlagung positiver demokratischer Traditionen - hier insbesondere des antifaschistischen Widerstandes der Arbeiterbewegung - und in der Kriminalisierung fast jeder vom Volke ausgehenden Aktion. Nicht weniger verhängnisvoll ist die - wenn überhaupt vorhandene - lückenhafte oder verzerrte Information über gesellschaftliche und ökonomische Ursachen und Zusammenhänge politischer Erscheinungen und Bewegungen.

Als wesentliche Lehre aus dem Widerstand gegen den Hitlerfaschismus wurde hervorgehoben, daß die Nazis niemals an die Macht hätten kommen können, wenn die Arbeiterbewegung und die demokratischen Parteien und Organisationen sich in der Abwehr der faschistischen Gefahr einig gewesen wären und wenn rechtzeitig und ausreichend erkannt worden wäre, daß der Faschismus nicht plötzlich über Nacht kommt. Seine Ausbreitung erfolgt - allmählich und verdeckt - mit der Einengung und dem Abbau der demokratischen Rechte und vor allem durch den Einsatz der ökonomischen Macht des Großkapitals schon im Schoße des formal-demokratischen Staates.

Potentielle faschistische Gefahren, so wurde festgestellt, ergeben sich nicht nur aus der Existenz derselben sozio-ökonomischen Machtverhältnisse, die schon einmal den Faschismus hervorbrachten, sondern auch aus dem Weiterwirken ideologischer Faktoren, wie dem Antikommunismus.

In einer Abschlusserklärung der Hanauer Konferenz werden - abgeleitet aus dem Ergebnis der Beratungen - aktuelle Forderungen und Nahziele genannt, die Bestandteil und Ziel der antifaschistischen Arbeit sein sollen (siehe Seite 119 dieses Arbeitsheftes).

Dazu wird einleitend darauf hingewiesen, „daß der Untergang der Weimarer Republik und die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland den Beweis dafür erbracht haben, daß es die

ausschlaggebenden Kreise aus Industrie und Finanzwelt waren, die den Machtantritt des Faschismus ermöglichten".

Weiter heißt es in der Abschlusserklärung:

„Natürlich ist die Lage heute anders als vor vierzig Jahren. In Europa und in der ganzen Welt haben die faschistischen Kräfte einen schweren Rückschlag erlitten. Die demokratischen und sozialistischen Kräfte sind weit stärker als damals. Aber das darf gerade in dem Land, von dem der faschistische Überfall auf ganz Europa ausging, nicht zu einer Unterschätzung der faschistischen und autoritären Tendenzen verleiten.

Wir dürfen nicht verkennen, daß auf europäischem Boden, in Spanien, Portugal und Griechenland, immer noch faschistische Regime oder Militärdiktaturen herrschen.

Es gilt zu bedenken, daß in der Bundesrepublik die Konzentration in der Wirtschaft, die keiner demokratischen Kontrolle unterliegende Macht des Großkapitals, heute noch größer ist als 1933.

Die Bedrohung der Demokratie ist umso ernster, als sich durch die enge Verflechtung von Rüstungswirtschaft, staatlicher Rüstungsagenturen, der Militärspitze und militaristischer Gruppen in Parteien und Verbänden ein militär-industrielles Machtkartell herausgebildet hat, das zu autoritären und faschistischen Herrschaftsformen tendiert."

Schließlich wird darauf hingewiesen, daß es falsch und verhängnisvoll wäre, etwa gebannt auf eine Wiederkehr alter äußerer Erscheinungsformen des Faschismus zu warten und darüber die modernen Erscheinungsformen faschistischer Entwicklungen zu übersehen:

„Die Erfahrungen, die unser Volk mit der Nazidiktatur gemacht hat, lassen eine Wiederholung in der alten Form nicht zu. Das Beispiel Griechenland läßt erkennen, daß unter bestimmten Bedingungen eine militär-faschistische Diktatur auch ohne faschistische Massenbewegungen errichtet werden kann."

Im Ergebnis der Konferenz wird unterstrichen, daß es zu den wichtigsten Aufgaben antifaschistischer Arbeit gehört, breiteste Kreise der Bevölkerung zum demokratischen Handeln zu bringen, damit sie durch eigene Aktionen politische Erfahrungen sammeln und damit zu einem aktiven demokratischen Faktor werden können.

Dieses politische Handeln muß sich vor allem gegen jede Beeinträchtigung und Aushöhlung demokratischer Rechte und Freiheiten richten. Es soll den Ausbau der Demokratie, die Demokratisierung aller Bereiche des politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens herbeiführen und so ein Bollwerk gegen mögliche faschistische Entwicklungen errichten helfen.

Aufgrund veränderter Kräfteverhältnisse hat der Kampf gegen faschistische Gefahren heute weitaus größere Erfolgsaussichten. Dennoch sind Demokratie und Frieden, wie alle Erfahrungen beweisen, nicht im Selbstlauf der Entwicklung, sondern nur durch aktives Handeln zu erreichen und zu sichern.

Einen Beitrag dazu - als Hinweis und Anregung für die notwendige antifaschistische Arbeit - sollen auch diese Materialien der Hanauer Konferenz gegen Faschismus und Militarismus anbieten.

Zu den Referaten:

Zu Fragen der Herkunft, Rolle und Ideologie faschistischer Bewegungen

Aus der Diskussion der Hanauer Konferenz S. 109

Die folgende Zusammenfassung der Diskussion stützt sich auf die Berichte aus den drei Arbeitskreisen der Hanauer Konferenz, die dem Plenum der Konferenz vorgetragen wurden. Diese Berichte wurden durch einige gravierende Zitate aus der Diskussion ergänzt.

Die Diskussion in den drei Arbeitskreisen der Hanauer Konferenz gegen Faschismus und Militarismus konzentrierte sich auf Anmerkungen und Ergänzungen zu den Referaten. Dabei bildeten sich einige Themenschwerpunkte heraus.¹

Herkunft und Rolle des Faschismus

In der Diskussion wurde die in dem Referat Prof. Kühnls enthaltene Feststellung besonders unterstrichen, daß Wahlerfolge nicht entscheidend waren beim Machtantritt des Hitlerfaschismus, sondern der Wille und die Absicht der herrschenden Kreise der Monopolbourgeoisie, die faschistische Bewegung als ihr Instrument an die Macht zu bringen. Deshalb dürfe man auch die Gefahr des Faschismus primär nicht daran messen, ob es eine mehr oder weniger einflußreiche kleinbürgerliche faschistische Bewegung gibt, und nicht an den Wahlstimmen oder sonstigen sekundären Faktoren, sondern in erster Linie daran, wie stark das Interesse und die Möglichkeiten der herrschenden Kreise der Monopolbourgeoisie sind, ihre Herrschaft mit Hilfe der faschistischen Diktatur aufrechtzuerhalten und auszudehnen (so nach einem Diskussionsbeitrag von Prof. Gossweiler).

Die Definition der Herkunft und Funktion des Faschismus im Referat von Professor Kühnl lasse sich auch - so wurde in der Diskussion u. a. von Prof. Josef Schleifstein betont - in der bekannten Dimitroffschen Definition zusammenfassen: Faschismus an der Macht, das ist die terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals, des Monopolkapitals.

Nach 1945, so wurde in der Diskussion festgestellt, hat das deutsche Monopolkapital alles getan - und tut es auch heute noch -, um gerade von der Tatsache abzulenken, daß es die Hitler-Bewegung durch finanzielle und politische Unterstützung ermöglicht, gefördert und schließlich an die Macht gebracht hat, daß die Hitler-Partei im Interesse des Monopolkapitals regierte, die Arbeiterbewegung und jede Opposition terroristisch unterdrückte und den Krieg vorbereitete.

Das Entscheidende sei, so erläuterte der Gesellschaftswissenschaftler Dr. Gossweiler (Berlin/DDR), „daß die Monopolbourgeoisie, das Monopolkapital seiner Natur nach demokratiefeindlich ist“. Es habe z. B. in der Weimarer Republik nicht nur den faschistischen Boden bereitet, weil ihm diese Weimarer Demokratie vom Anfang ihrer Existenz an ein Ärgernis war, sondern auch von Anfang an die in den verschiedensten Formen existierenden faschistischen Kräfte aktiv unterstützt.

Deshalb wäre es falsch, die Sache so zu sehen, als wüchse der Faschismus als eigenständige kleinbürgerliche Bewegung heran, die erst dann, wenn sie eine gewisse Stärke erreicht hat, für das Monopolkapital interessiert und zu einem „Bündnispartner“ würde. Vielmehr produziert und fördert das Monopolkapital selbst von Anfang an schon die kleinsten Keime faschistischer Organisationen. Ohne diese Unterstützung wäre auch die NSDAP eine Sekte geblieben.

Das Kleinbürgertum kommt nicht von alleine zur faschistischen Ideologie. Seine zwiespältige Lage (Eigentümer auf der einen Seite, gleichzeitig aber unterdrückt vom Großkapital, mit Interessen zwischen den Klassen, die in beide Richtungen gehen) machten das Kleinbürgertum zwar für die faschistische Ideologie besonders anfällig, die faschistische Ideologie werde jedoch von den Ideologen der Bourgeoisie produziert und in vielfältiger Weise in das Kleinbürgertum eingetragen (Gossweiler).

Die Auffassung, daß die herrschende Klasse sich mit der faschistischen Bewegung „verbünden“ würde, hieße (so Max Schäfer), „die faschistische Bewegung sozusagen als eine eigenständige, zunächst vom Klassencharakter der Gesellschaft losgelöste Bewegung zu betrachten“. Das wäre nicht richtig, und auch die Erfahrungen in Deutschland bewiesen das Gegenteil: Eine bestimmte Gruppe des Monopolkapitals hat zunächst verschiedene faschistische Strömungen unterstützt. Fest steht, daß sie ab 1925/26 die Hitler-Bewegung unterstützt und sich dann völlig auf diese Bewegung orientiert hat. Es war eindeutig die Gruppe um Thyssen/Kirndorf, die zuerst die Hitler-

¹ Die nachfolgend angeführten Themenschwerpunkte der Diskussion beziehen sich hauptsächlich auf die Referate von Kühnl, Matthiessen, Rossaint und Sychla. Die Diskussion der Referate von Spoo und Stuckmann befaßte sich hauptsächlich mit der Frage, was getan werden muß, um die Gefahren zu beseitigen, die der Demokratie aus der Monopolisierung im Pressewesen und durch den offenen wie verdeckten nazistischen Ungeist in Schulgeschichtsbüchern erwachsen. Die Ergebnisse dieser Diskussion sind in dem Bericht über die Arbeitskreise der Hanauer Konferenz (siehe Seite 3 ff in diesem Heft) in knapper Form enthalten. Deshalb wurde hier auf eine Wiederholung verzichtet.

Bewegung finanziert hat; das heißt, jene Gruppe, die am meisten reaktionär, am meisten nationalistisch-revanchistisch war und eine am meisten aggressive Politik verfocht.

Das heißt also, hier ist nicht ein „Bündnis zwischen zwei sozusagen voneinander unabhängigen Gruppen der Gesellschaft entstanden, sondern die faschistischen Gruppierungen und Bewegungen waren zu jeder Zeit abhängige Diener bestimmter (und bestimmender) Gruppen des Monopolkapitals (Schäfer).

Faschistische Massenbewegungen

Von der Mehrheit der Diskussionsteilnehmer wurde übereinstimmend hervorgehoben, daß faschistische Massenbewegungen keine grundsätzliche Voraussetzung für die Herrschaft des Faschismus sind. Das deutsche und das italienische Beispiel allein reichten nicht aus, um daraus eine allgemein gültige Regel abzuleiten. In der Diskussion wurde auf die Beispiele Spanien 1936 und Griechenland in der Gegenwart hingewiesen, um zu betonen, daß faschistische Regime auch ohne faschistische Massenbasis installiert werden können.

Zweifellos ist jedes faschistische Regime bestrebt, sich einen gewissen Masseneinfluß zu schaffen: Aber die Massenbewegung ist nicht Bedingung oder Ausdruck für die Errichtung eines faschistischen Regimes. Das Beispiel ist Griechenland. Auch in Spanien ist der Faschismus, obwohl es faschistische Organisationen gab, durch einen Militärputsch zur Macht gekommen und nicht gestützt auf eine Massenbewegung, sondern mit ausländischer Hilfe gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung errichtet worden (Schäfer).

Das schließt nicht aus, wie Prof. Abendroth zu diesem Thema anmerkte, „daß eine zunächst rein exekutive, sich nur auf den Staatsapparat stützende Diktatur dann versucht, die Massenbewegung, die sie anfangs nicht hatte, sozusagen im Nachhinein zu konstruieren“. Auch dafür bieten wiederum Spanien und das heutige Griechenland Beispiele.

Autoritäre und faschistische Strukturen

Auch hinsichtlich der Bewertung autoritärer und (oder) faschistischer Strukturen wurden in der Diskussion die Aussagen der Referate ergänzt.

Zur Herausbildung autoritärer Bewußtseinsstrukturen, auf deren Rolle u. a. Prof. Kühnl hingewiesen hatte, wurde angemerkt, daß diese primär nicht etwa spontan im Alltag der kapitalistischen Produktionsverhältnisse entstehen (obwohl sie dort zweifellos permanent produziert und gefördert werden), sondern in ihren politischen Dimensionen vor allem durch massive Propaganda und Beeinflussung der Massen durch die Monopole und ihre entsprechenden Instrumente und Institutionen (z. B. Massenmedien, Militär usw.) ständig genährt, verbreitet und verstärkt werden. Diese Form der ständigen Schaffung von autoritärem Bewußtsein dürfe nicht unterschätzt werden.

Hervorgehoben wurde, daß es notwendig ist, zwischen Repressionsmaßnahmen des kapitalistischen Staates und faschistischem Terror zu unterscheiden, damit nicht Erscheinungen und Entwicklungen, die den Faschismus begünstigten, nicht jedoch schon für Faschismus gehalten werden. Solche Fehleinschätzungen würden die Zusammenfassung aller demokratischen Kräfte zur Abwehr des Faschismus erschweren, wenn nicht gar verhindern. Sie würden außerdem den Faschismus selbst begünstigen, weil sie letzten Endes eine Verharmlosung des faschistischen Terrors bedeuten.

Autoritäre Strukturen und Bewußtseinsinhalte sind kein spezifisches Faschismuselement, sondern kennzeichnend für alle antagonistischen Klassengesellschaften. Zum Spezifikum faschistischer Ideologien gehören (nach einer Aufschlüsselung von Prof. Schleifstein) extremer Nationalismus und Chauvinismus, Rassismus (wenn auch nicht in unbedingter Notwendigkeit), soziale Demagogie bis in extreme Formen und insbesondere extreme Antidemokratie, wozu dann auch das „Führerprinzip“ gehört.

Das eine oder andere dieser „typischen“ Faschismuselemente tritt zwar auch in nichtfaschistischen Herrschaftsformen auf. Es wäre dennoch falsch, so wurde in der Diskussion betont, jedes reaktionäre Regime, unabhängig von seinen konkreten Klassenverhältnissen und ohne Untersuchung seiner sozio-ökonomischen Basis, als faschistisch zu bezeichnen. Nicht alle Länder, die bestimmte diktatorische Verhältnisse, aber eine ganz andere soziale Klassenbasis haben, kann man als faschistisch bezeichnen (Matthiessen).

Als ein nicht minder wichtiger Punkt wurde in der Diskussion hervorgehoben, daß man den Neofaschismus nicht an den Formen des Hitler-Faschismus messen darf. Der Faschismus unserer Tage wird nicht wieder in SA-Stiefeln oder in SS-Uniformen in Erscheinung treten. Würde man auf eine Wiederkehr vergangener Formen warten, könnten dabei leicht die „modernen“ Vorläufer und Formen des Faschismus übersehen werden.

Die gegenwärtige Hauptgefahr

In der Diskussion wurde übereinstimmend unterstrichen, daß die Hauptgefahr gegenwärtig vor allem im Abbau der demokratischen Rechte und im Ausbau der Exekutivgewalt besteht, weil dies tendenziell die Gefahr des Weges zum Faschismus fördert.

Dabei wurde darauf hingewiesen, daß Einschränkung und Abbau der Demokratie, Ausbau der staatlichen Exekutiv- und Repressivgewalt sowie faschistoide Erscheinungen noch kein Faschismus sind, wenngleich solche antidemokratischen Maßnahmen und Tendenzen zur Vorstufe faschistischer Entwicklungen werden können.

Es wurde betont, daß das Monopolkapital „seiner Natur nach demokratiefeindlich ist“ (Gosswailer), und daß es „von sich heraus immer dazu tendiert, Demokratie abzubauen und seine Herrschaft zu zentralisieren“ (Matthiessen). Dieser Prozeß „begünstigt tendenziell den Weg zum Faschismus, wenn man ihm nicht rechtzeitig entgegentritt und mit einer Ausweitung der Demokratie beantwortet“.

Gleichzeitig wurde hervorgehoben, daß aus der Einschränkung und dem Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten zwar tendenziell, nicht aber zwangsläufig oder mechanisch die Gefahr des Faschismus entsteht. Entscheidend für die Durchsetzbarkeit faschistischer Tendenzen sind die politischen Kräfteverhältnisse, das heißt, Qualität und Quantität des politischen Kampfes. Gerade deshalb wurde betont, daß es gegenwärtig zur Hauptaufgabe antifaschistischer Politik gehört, jeder Einschränkung der demokratischen Rechte und Freiheiten entgegenzutreten und eine Demokratisierung in allen Bereichen der Gesellschaft durchzusetzen.

Der militär-industrielle Komplex

Gefördert werden faschistische Tendenzen zugleich durch Schritte der Militarisierung der Gesellschaft, durch das (Erziehungs-) Instrument Bundeswehr, durch den Ausbau der Exekutivorgane des Staates wie Polizei, Geheimdienste etc. und der damit verbundenen Entdemokratisierung der Gesellschaft.

Hervorgehoben wurde in diesem Zusammenhang besonders die Rolle des militär-industriellen Komplexes, der heute eine wesentlich größere und weitreichendere Dimension hat als etwa in der Zeit vor 1933, die an der Rüstung direkt interessierte Industrie.

Heute ist dieser militär-industrielle Komplex keineswegs mehr nur eine Angelegenheit der Schwerindustrie, sondern gerade der Entwicklungsindustrie. Infolgedessen hat sein Gewicht in unerhörtem Maße zugenommen. Seine größere Stärke hat auch die Chance für die herrschende Klasse vergrößert, „plus exekutivischem Staatsapparat und plus potentiellen faschistischen Kräften Faschismus zu produzieren“. (Abendroth)

Prof. Abendroth verdeutlichte die potentiell größere Gefahr an einem Beispiel: Der Anstieg faschistischer Bewegungen Mitte der 60er Jahre zum Beispiel in Italien und in der BRD erfolgte in der Relation wesentlich schneller als etwa in der Periode zwischen erstem und zweitem Weltkrieg. Dabei hatten die Rezessionskrisen der sechziger Jahre noch längst nicht das Ausmaß der zwanziger Jahre erreicht. Die NPD stieg damals quasi aus dem Nichts in einem halben Jahr zu einer Zehn-Prozent-Partei auf. Dieses schnelle Wachstum faschistischen Potentials sei nicht zuletzt auf dem Hintergrund des heute unvergleichlich größeren ökonomischen Machtpotentials der reaktionären Kräfte zu sehen. .

Der militär-industrielle Komplex wurde als eines der hauptsächlichen Hindernisse auf dem Wege zu Entspannung und Friedenssicherung sowie Demokratisierung und grundlegend der Reform bezeichnet, weil er seinem Wesen nach antidemokratisch und aggressiv ist.

Des weiteren wurde auf die Rolle und Wirkung der Bundeswehr hingewiesen, die sie sich u. a. in der entsprechenden Beeinflussung Hunderttausender junger Menschen und in der Durchdringung der zivilen gesellschaftlichen Bereiche mit militaristisch geprägten Kadern (Offizieren und Unteroffizieren) zeigt.

Antikommunismus und Totalitarismuskonzeption

Zu den Lehren und Erfahrungen mit dem Hitler-Faschismus, so wurde festgestellt, gehören auch die Erkenntnisse über Rolle und Wirkung des Antikommunismus und Antisowjetismus.

Der Antikommunismus war ein geistiger Wegbereiter des Faschismus. Er fungierte in der Periode nach 1945 - bis heute - als wesentliche ideologische Stütze für die Restaurierung alter Macht- und Herrschaftsverhältnisse, für reaktionäre Maßnahmen und Tendenzen bis hin zu dem Aggressionskrieg gegen Vietnam.

Prof. Abendroth wies darauf hin, daß die Berieselung der gesamten Gesellschaft in der Bundesrepublik „ein gesamtgesellschaftliches Durchdringungselement von ungeheurer Wirkung“ darstellt. Ablesbar sei das beispielsweise am Auftreten eines ultra„linken“ Antikommunismus, wie es ihn vor 1933 trotz des damals bereits ungeheuer starken Antikommunismus nicht gab.

Auf der Grundlage der in dem Referat über die Totalitarismus-Doktrin gegebenen Einschätzung und Bewertung dieser „neuen“ Antikommunistentheorie wurde festgestellt, daß allenfalls der Begriff der „Totalitarismustheorie“ in den Hintergrund getreten ist, während sein Inhalt in Politik und Öffentlichkeit nach wie vor virulent ist. Als Beispiel wurde der Berufsverbots-„Extremisten-erlaß“ angeführt.

Die Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus, von „rechts“ und „links“ spielt in der täglichen Politik, im Unterricht, in den Aussagen und Darstellungen der Massenmedien usw. nach wie vor eine erhebliche Rolle.

Diese Gleichsetzung dient einmal der Verschleierung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse und damit auch der sozio-ökonomischen Wurzeln des Faschismus. Sie dient zum anderen der Bekämpfung progressiver, antifaschistischer und demokratischer Bewegungen und Zielsetzungen.

Faschismus nicht unvermeidbar

Infolge des veränderten weltgeschichtlichen Kräfteverhältnisses auch in Europa, einer beginnenden Politisierung breiterer Volkskreise in der BRD, sind - so wurde in der Diskussion festgestellt - dem Drang der Monopole im allgemeinen und des militär-industriellen Komplexes im besonderen nach weiterer Ausdehnung ihrer reaktionären Herrschaft Schranken gesetzt. Bei konsequenter Fortführung des politischen Kampfes können weitere Schranken gesetzt werden.

Zu den Lehren und Erfahrungen über den Faschismus gehört (so betonte u. a. der DKP-Vorsitzende Kurt Bachmann), daß die Gesetzmäßigkeiten und die Tendenzen zum Faschismus, die dem Monopolkapital innewohnen, nicht mechanisch unvermeidbar sind. Ob und wie die Tendenz zum Faschismus sich durchsetzt, hängt von den konkreten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen ab.

Vierzig Jahre nach 1933 haben sich die innen- und außenpolitischen Bedingungen erheblich geändert. Es gibt heute starke Kräfte, die sich für Frieden und Demokratie einsetzen.

Die Auseinandersetzung um die Durchsetzung der Mitbestimmung in allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft bietet, so wurde in der Diskussion betont, die Möglichkeit, die Macht der Monopole einzuschränken, damit den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern und die Demokratie zu erweitern. Dies ist zugleich eine grundsätzlich antifaschistische Zielsetzung, weil die Erfahrungen der Vergangenheit bewiesen haben, daß unangetastet gebliebene Monopolmacht faschistische Bewegungen hervorbringt und fördert bis hin zur offenen faschistischen Diktatur.

Zu den Lehren und Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandes gehört die Erkenntnis, so wurde betont, daß man den faschistischen Anfängen rechtzeitig und gemeinsam wehren muß.

Diese Erkenntnis war in den Aktionen gegen die NPD und den offenen Neofaschismus, der in den sechziger Jahren wieder auftrat, bereits lebendig geworden. In zahlreichen, meist einheitlichen Aktionen von Arbeitern, Angestellten und Intellektuellen, von Gewerkschaftern, Sozialdemokraten, Kommunisten und bürgerlichen Demokraten gelang es, die nationale und soziale Demagogie der Neofaschisten wirksam zu entlarven. Notwendig dazu waren politische Aktionen. Die NPD wurde primär nicht mit dem Stimmzettel, sondern vorher in diesen Aktionen geschlagen.

Die Schlußfolgerungen daraus zu ziehen gilt nun erst recht im gemeinsamen Kampf um die Beseitigung der noch immer existierenden Wurzeln faschistischer Gefahren.

Antifaschistische Forderungen und Aufgaben S. 119

Aus der Abschlusserklärung der Hanauer Konferenz

In der Abschlusserklärung der Hanauer Konferenz gegen Faschismus und Militarismus wird auf die gegenwärtig wichtigsten Forderungen und Aufgaben antifaschistischer Arbeit hingewiesen. Dazu heißt es einleitend:

„Der Faschismus kommt nicht über Nacht. Seine Verbreitung erfolgt allmählich und verdeckt mit der Einschränkung oder dem Abbau der demokratischen Rechte, mit der Verstärkung der repressiven Gewalt des Staates unter dem Vorwand der ‚inneren Sicherheit‘. So lassen der Berufsverbotserlaß der Ministerpräsidenten und das Gesetz über die Verwendung des Bundesgrenzschutzes zu Polizeizwecken gefährliche Tendenzen erkennen.

Dieser fortschreitenden Aushöhlung der Grundrechte und der Verfassung gilt es sich zu widersetzen. Die geschichtlichen Erfahrungen zeigen, daß der beste Schutz der Demokratie ihr Ausbau, die Demokratisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ist.

Dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht muß durch die Verwirklichung der Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften auf allen Ebenen in Wirtschaft und Gesellschaft entgegengewirkt werden.

Der kalte Krieg und internationale Spannungen sind Lebensglieder des militär-industriellen Komplexes.

Es ist daher erforderlich, aus der internationalen Entwicklung, insbesondere aus den Verträgen von Moskau und Warschau sowie dem Vertrag mit der DDR, die Konsequenzen zu ziehen, einen sofortigen Rüstungsstopp zu beschließen und konkrete Schritte zur Abrüstung einzuleiten. An die Stelle der Militärblöcke muß ein kollektives europäisches Sicherheits-System treten.

Entsprechend dem antifaschistischen Gehalt des Grundgesetzes und den völkerrechtlich verbindlichen Verträgen muß jede revanchistische, rassistische und nazistische Propaganda untersagt und bestraft werden.

Zur Auflösung der großen Pressekonzerne und zur Verhinderung weiterer Kapitalkonzentrationen im Pressewesen sind gesetzliche Vorkehrungen zu treffen.

Wir verlangen die Einstellung aller staatlichen Subventionen für die revanchistischen Verbände und ihre Publikationen. Um die Erziehung unserer Jugend im Geiste des Friedens und der Völkerfreundschaft sicherzustellen, ist eine Überprüfung der Schulbücher und Geschichts-Lehrinhalte erforderlich und eine Korrektur im Sinne einer wahrheitsgetreuen, dem Frieden und dem Humanismus dienenden Geschichtsvermittlung. Eine umfassende Reform der Bildung und der Bildungsinhalte muß auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Es ist eine mit großen Opfern erkaufte Lehre, daß die Nazis niemals an die Macht hätten kommen können, wenn die Arbeiterbewegung, die demokratischen Parteien und Organisationen sich in der Abwehr der faschistischen Gefahr einig gewesen wären.

Diese Lehre gilt es heute und für die Zukunft zu beherzigen."

Literaturhinweise

S. 121

Zu Referat Kühnl:

Abendroth, „Faschismus und Kapitalismus“, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M., 1967

Brüdigam, „Der Schoß ist fruchtbar noch“, Röderberg-Verlag, Ffm., 1965

Kühnl, „Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus“, Hanser, München, 1969

Kühnl, „Formen bürgerlicher Herrschaft“, Rowohlt-Verlag, Reinbek, 1967

Halfmann (Hrsg.), „Das Konzept der deutschen Rechten“, Pahl-Rugenstein, Köln, 1971

Jung/Spoo, „Das Rechtskartell“, Hanser, München, 1971

Faschismus-Theorien in „Argument“, 58/1970, Karlsruhe

„Neofaschismus und Rechtsentwicklung in der BRD“, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M., 1970

Kühnl, „Die von Franz Josef Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus“, Ein Gutachten, Pahl-Rugenstein, Köln, 1972

Antifaschistische Arbeitshefte: 4: Gossweiler, Kühnl, Opitz, Faschismus: Entstehung und Verhinderung, 6: Krause, Das Geschäft mit der Angst, Röderberg-Verlag, Frankfurt/M., 1972

Zu Referat Sychla:

„Der militär-industrielle Komplex in der BRD“, Autorenkollektiv, DWI 3/71 Berlin (DDR)

Rainer Rilling, „Zur Analyse des militär-industriellen Komplexes in der BRD“, Internationale Dialog-Zeitschrift, 4/71, Herder, Freiburg

Gunnar Matthiessen, „Abrüstung und Ideologie des Gleichgewichts“, Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/71, Pahl-Rugenstein Köln, „Abrüstung und Ideologie des Gleichgewichts“ II, Blätter ..12/71

Rainer Rilling, „Der Rüstungswirtschaftliche Arbeitskreis“, Blätter .. 4/72

Rilling/Sychla, „Zur Rüstungspolitik der Regierung Brandt/Scheel“, I, Blätter .. 6/72, „Zur Rüstungspolitik der Regierung Brandt/Scheel“, II, Blätter .. 8/72

Rilling, „Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD“, Pahl-Rugenstein, Köln, 1970

Schwamborn, „Wehrgerechtigkeit als Ideologie“, Blätter. . . 1/72

Bethge, „Militarisierungstendenzen im Bildungswesen“, Blätter. . . 2/72

Zu Referat Matthiessen:

Greiffenhagen, Kühnl, Müller, „Totalitarismus“ List München 1972, Taschenbücher der Wissenschaft 1556

Zu Referat Rossaint:

Abendroth: Der Widerstand der Arbeiterbewegung in Deutsche, Widerstand 1933-1945, hrsg. E. Weick im Auftrag des Studienkreises . . . Schneider, Heidelberg, 1969

Aus der "Bibliothek des Widerstandes", Bilderberg-Verlag, Frankfurt/Main:

Wander, „Der siebente Brunnen“, 1972

Goguel, „Cap Arcona“, 1972

Jahnke, "Gegen den Mißbrauch der Olympischen Idee 1936", 1972

VVN, Redaktion Oppenheimer, „Vom Häftlingskomitee zum Bund der Antifaschisten“, 1972

Bohn, "Stuttgart: Geheim!", 1970

Bohn, „Transportkolonne Otto“. 1970

Spiegel, "Retter in der Nacht", 1969

Bohn, „Im Strom der Zeit“, in Vorbereitung Schumann, „Ihr seid den dunklen Weg für uns gegangen..“ 1973

Hochmuth, „Faschismus und Widerstand 1933-1945“ (Literaturverzeichnis) 1973

Jahnke, „Entscheidungen“. 1970

Jahnke, „Weiße Rose Contra Hakenkreuz“, 1969

Meyer, „Nacht über Hamburg“, 1971

Oppenheimer, „Der Fall Vorbote“, 1970

Perk, „Die Hölle im Moor“. 1970

Rast, „Allein bist Du nicht“, 1972

Zu Referat Spoo:

E. Spoo (Hrsg.), „Die Tabus der bundesdeutschen Presse“, Hanser, München, 1971

Horst Holzer. „Gescheiterte Aufklärung“, Piper, München, 1972

Jansen/Klönne (Hrsg.), Imperium Springer, Pahl Rugenstein, Köln, 1968

Abhängigkeit in der Kulturindustrie, Kürbiskern 4/72, München

Erich Küchenhoff, „Bild“-Verfälschungen, Europäische Verlags Anstalt, Frankfurt/M. 1972

Günther Wallraff, Neue Reportagen, Kiepenheuer und Witsch, Köln, 1972

Bodo Zeuner, „Veto gegen Augstein“, Hoffmann und Campe, Hamburg, 1972

Zu Referat Stuckmann:

Redhardt, NS-Zeit im Spiegel des Schulbuchs, Röderberg-Verlag, Frankfurt/Main. 1970

Schulbücher auf dem Prüfstand – Antikommunismus, Antisowjetismus und Revanchismus, Bienko, Jockers, Steinfeld, Stuckmann, Röderberg-Verlag, Frankfurt/Main, 1972

Schulgeschichtsbücher -zitiert -kritisiert -korrigiert, hrg. von der Initiative zur Korrektur der Schulgeschichtsbücher in NRW, Röderberg-Verlag, Frankfurt/Main, 1972

Kampf der Verdummung, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main, 1971

Zusammenstellung der Arbeitsheft-Auszüge: [Dietrich Schulze](#) 22. Juli 2015. Eine überraschend kongeniale Ausgrabung im Nachgang zur Kritik in der Diskussion im [Kühnl-Symposium](#) am 10. Juli 2015 in der Uni Marburg daran, dass dort der wichtige Zusammenhang zwischen Faschismus und Militarismus bzw. Antifaschismus und Antimilitarismus bedauerlicherweise nicht reflektiert worden ist. Das genau geschah unter Mitwirkung von Prof. Kühnl in der Hanauer Konferenz am 27./28. Januar 1973. Es wäre bedeutsam, wenn wird sich der organisierende Veranstalter [BdWi](#) darüber nachträglich Gedanken machen könnte.